# Faktencheck der Vorwürfe der DGfM zur Holzbauförderung in Baden-Württemberg

## Vorbemerkung

Deutschland wird nach heutigem Stand der ergriffenen Maßnahmen das Ziel verfehlen seine CO2-Emission bis 2030 um mehr als die Hälfte im Vergleich zum Referenzjahr 1990 zu reduzieren. Geplant ist, den Treibhausgas-Ausstoß bis 2030 um 55 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent senken. Auch diese Ziele erscheinen nur noch mit drastischen Maßnahmen erreichbar. Auf den Gebäudesektor entfallen mehr als 30% der Emissionen. Gerade vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels und der enormen Anstrengungen, die zur Kohlendioxidreduktion noch erforderlich sind, hält der DHWR es für richtig, die Nachhaltigkeit beim Bauen in den Mittelpunkt klimapolitischer Maßnahmen zu rücken. Das dabei nachhaltige Bauweisen von besonderem politischen Interesse sind, ist nur eine logische Folge. Zu diesem Ergebnis kommt auch 2018 die Studie „Graue Energie im Ordnungsrecht/Förderung“ erstellt vom Steinbeis-Transferzentrums für Energie-, Gebäude- und Solartechnik Stuttgart im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), einer nachgelagerten Behörde des Bundesministerium für Inneres, für Bauen und Heimat.

Die Holzbaubranche stellt sich beim energieeffizientem Bauen sehr erfolgreich dem freien Wettbewerb. Die von der DGfM kritisierten politischen Maßnahmen der Holzbau-Offensive Baden-Württembergs erstrecken sich im Kern auf die Förderung von Forschung, Lehre und Innovation sowie der Förderung des mehrgeschossigen Wohnungsbaus. Im mehrgeschossigen Wohnungsbau ist die Holzbauweise derzeit noch unterrepräsentiert, obwohl gerade dort große Potenziale für die Schaffung von Wohnraum liegen. Die Holz- und Holzhybridbauweise (als Kombination z.B. mit mineralischen Baustoffen) bietet aber gleichzeitig technologische, ökologische und auch ökonomische Vorteile gegenüber anderen Bauweisen.

Nachfolgend unterziehen wir die Behauptungen der DGfM einem kritischen Faktencheck.

## 1. Behauptung der DGfM

Die Landesregierung Baden-Württemberg verordnet eine „Holzbau-Pflicht“ – ein „Baustoff-Diktat fürs Holz“ ... „Was gar nicht geht, ist, wenn das Land den Kommunen und seinen eigenen Behörden vorschreibt, nur noch mit Holz zu bauen. ...“

### Kommentar des DHWR

Die Landesregierung hat im *Innovationspaket 1: Landesgebäude in Holzbauweise - Musterbeispiele in eigener Verantwortung* lediglich folgendes erklärt:

> *„Das Land wird als Bauherr die Potentiale des innovativen Holzbaus noch stärker für seine eigenen Gebäude nutzen. Deshalb werden Neu- und Umbauten sowie energetisch-gestalterische Modernisierungen in Zuständigkeit des Landes in Zukunft* ***soweit wie möglich*** *in moderner Holz- oder Holzhybridbauweise erstellt.*
>
> *Insbesondere durch Leuchtturmprojekte wird das Land seiner Vorbildfunktion gerecht.* ***Herausragende innovative Einzelgebäude in Holz- oder Holzhybridbauweise*** *sind identitätsstiftend und impulsgebend für den verstärkten Einsatz von Holz.“ (Hervorhebungen DHWR)*

Dem Land und den Kommunen wird dabei ein Ermessungsspielraum bei ihren Entscheidungen eingeräumt. Ein Diktat oder eine Pflicht zum Bauen mit Holz sieht anders aus.

## 2. Behauptung der DGfM

„*Das Land stößt – als größter Waldbesitzer in Baden-Württemberg – mit dem Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb schnell an die Grenzen, wenn es den Holzbau fördert und damit mittelbar über die eigene Förderung selbst einen Profit erwirtschaftet.*“

### Kommentar des DHWR

In Deutschland gibt es auf Bundes- und Landesebene zahlreiche Unternehmen im Besitz oder mit Beteiligung des Bundes- oder der Länder. So z.B. die Landwirtschaftliche Rentenbank, Energiewerke Nord, Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb, Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft, die Deutsche Post, Deutsche Telekom, Volkswagen u.a. Der Staatswaldbesitz ist also keine Ausnahme. Alle diese Unternehmen treten mit ihren Produkten im freien Wettbewerb in Konkurrenz zu anderen Marktteilnehmern auf. Sie werben für ihre Produkte und sie nehmen i.d.R. fiskalische Förderungen ebenso entgegen wie andere Marktteilnehmer.

Die öffentlichen Ausschreibungen für Bauvorhaben erfolgen in der Regel europaweit. Baustoffe werden international gehandelt und über den Handel beschafft. Inwiefern hier deutsche Holzbauunternehmen und mittelbar dadurch der landeseigene Forstbetrieb durch Einzelvorhaben einen zusätzlichen Profit erlangen soll, erschließt sich nicht.

Die öffentlichen Förderungen für das Bauen mit Holz erfolgen zudem in erster Linie als Forschungsförderung.

## 3. Behauptung der DGfM

„*100 Prozent Holz im Holzhaus – das ist eine Illusion. Das gibt’s nur bei der Blockhaus-Sauna*“ und „*So liege der tatsächliche Holzanteil beim Holzhaus meistens nur bei 7 bis 10 Prozent.*“

### Kommentar des DHWR

Hier ist unklar, was die DGfM mit Anteil meint: Sind es Kilogramm Holz im Vgl. zu Kilogramm Mauerwerk? Oder sind Volumenanteile gemeint!? Das geringe Eigengewicht von Holz wird ja gerade bei Dachaufstockungen als besonderer Vorteil gesehen, da die Statik der Bestandgebäude eine Aufstockung von mehreren Stockwerken nur in Leichtbauweise (also Holzbauweise) zulässt.

Richtig ist, dass der Anteil des Holzes am Gesamtbauvorhaben bei Betrachtung des Volumens der Baustoffe keine 100% beträgt. Aber auch ein Massivhaus aus Ziegel, Kalksandstein oder ähnlichem Material ist nicht zu 100 % aus Stein. Darin liegt ja auch die Stärke der Holzbauweise: Sie ist mit allen anderen Baustoffen kombinierbar. Der Architekt und Planer kann nach statischen, bauphysikalischen, ökologischen und ästhetischen Aspekten die Anteile der Baustoffe wählen. Die ökologischen und technologischen Vorteile sprechen jedoch immer öfter für die Holzbauweise.

## 4. Behauptung der DGfM

Das Land verschwende Steuergelder, weil Bauten aus Holz im Schnitt 10 Prozent teurer als massiv errichtete Gebäude sind.

### Kommentar des DHWR

Die Kalkulationen der DGfM sind nicht nachvollziehbar: Zahlreiche Beispiele zeigen, dass Bauen in Holzbauweise nicht grundsätzlich teurer ist als die Massivbauweisen.

Sollte die DGfM ihre Informationen aus den Daten des statistischen Landesamtes beziehen, so ist unter Experten bekannt, dass diese nicht allein für einen Vergleich von Bauweisen herangezogen werden können. Denn die veranschlagten Kosten des Bauwerkes sind gemäß den Erläuterungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg die Kosten des Bauwerkes gemäß DIN 276 (in der jeweils gültigen Fassung) als Summe der Kostengruppen 300 und 400. Baukosten im Sinne der Bautätigkeitsstatistik sind somit die Kosten der Baukonstruktionen (einschließlich Erdarbeiten und baukonstruktive Einbauten) sowie die Kosten der technischen Anlagen. Kosten für nicht fest verbundene Einbauten, die nicht Bestandteil des Bauwerks sind, wie Großrechenanlagen oder industrielle Produktionsanlagen, sind nicht einzubeziehen. Die Einteilung nach Baustoffen in der Statistik erfolgt nach dem überwiegend verwendeten Baustoff. Die als Holzbauten gewerteten Gebäude können also auch einen erheblichen Anteil an mineralischen Baustoffen enthalten und umgekehrt. Bedingt durch den überproportionalen Anstieg der Kosten für Gebäude- und Anlagentechnik hat sich der Anteil der Rohbaukosten ohnehin auf weniger als 40% der Gesamtkosten reduziert. Signifikante Kostenunterschiede zwischen einzelnen Gebäuden ergeben sich inzwischen vor allem durch Ausstattungsmerkmale, nicht durch Bauarten.

Des Weiteren fehlt auch der Bezug zum Energiestandard der Gebäude. Fertighäuser in Holz werden in der Regel mit einem höheren Energiestandard gebaut. Insgesamt erfüllen mehr als drei Viertel aller heute gebauten Holz(fertig)häuser die Energieeffizienzklasse hoch bis höchst energieeffizient (KFW 55/KFW 40/KFW 40+) und sind entsprechend zukunftsfähige und werthaltige Gebäude, die durch den Bund gefördert werden. Der konventionelle Bau tut es sich hingegen oftmals schwer, überhaupt die gesetzlichen Mindestanforderungen zu erfüllen.

Ein wissenschaftlich anerkannter ökonomisch-nachhaltiger Vergleich von Bauweisen ist nur unter Berücksichtigung der gesamten Lebenszyklusskosten (von der Planung, über die Errichtung, den Betrieb und die Instandhaltung bis hin zum Abriss und Recycling) möglich.

Ein bei vermieteten Objekten wichtiger ökonomischer Faktor ist der Vergleich in Bezug auf die nutzbare Wohnfläche. Bei identischer Bruttogrundfläche können bei Gebäuden in Holz aufgrund der optimalen thermischen Eigenschaften der Holzbauweise und damit schlankeren Wänden bei gleichem Energiestandard durchschnittlich 5 bis 15 % mehr Wohnfläche im Vergleich zu Mineralbauweisen generiert werden.

Die serielle Vorfertigung in Verbindung mit höchsten Qualitätsstandards, kurzen Bauzeiten und höchst flexiblen Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten machen die Holzbauweise höchst effizient. Die so erzielbaren Kosteneinsparungen sind in der Baupraxis maßgeblich. Nicht zuletzt hierdurch konnte sich der Anteil des Holzbaues sowohl im Wohnungs- wie auch im Objektbau in den letzten Jahren kontinuierlich steigern.

Der Wandel der Gesellschaft (Demographie, Landflucht, etc.) und deren Ansprüche an Wohnraum machen künftig flexiblere Grundrissgestaltungen notwendig. Die Holzbauweise ermöglicht i.d.R. problemlose und kostengünstige Nachnutzungen oder Umwidmungen der ursprünglichen Nutzungsweise.

## 5. Behauptung der DGfM

„*Über 50 % des Waldes im Land Baden-Württemberg sind Staatswald. ... Das Land erwirtschaftet jedes Jahr durch Holzeinschlag eine Rendite so um die 25 %.*“

### Kommentar des DHWR

Diese Angaben der DGfM sind so nicht korrekt: Dem Land gehören in Baden-Württemberg lediglich 24 % der Waldfläche (329.000 ha). Der Bundeswald (auch dem Staatswald zuzuordnen) spielt mit 0,5 % kaum eine Rolle. Größte Waldbesitzart in Baden-Württemberg ist der Körperschaftswald mit 40 %, gefolgt vom Privatwald mit 35 %.

Die Angaben zur Rendite im Staatswald sind nicht nachvollziehbar: Tatsächlich ist bei Forstbetrieben mit einer durchschnittlichen Rendite von jährlich 2-3 % zu rechnen. Beim Staatswald lag der Wert laut Jahresbericht 2017 bei einer guten Marktsituation zuletzt bei 4,5 %. Denkbar ist, dass die Renditeangaben der DGfM auf einer ausschnittsweisen Betrachtung der Holzproduktion fußen, bei der ein Großteil der Personalkosten fehlen.

## 6. Behauptung der DGfM

„*Zudem würden für den Holzbau zu über 90 Prozent Nadelhölzer verwendet. Schon heute werden aber aus den deutschen Wäldern bei einigen Nadelholzsorten mehr Bäume entnommen, als natürlich nachwachsen können*.“

### Kommentar des DHWR

Richtig ist, dass mehr Fichtenholz genutzt wird, als nachwächst. Dies ist aber ein Resultat des ökologisch und klimapolitisch begründeten Waldumbaus – weg von der Fichte, hin zu anderen klimastabilen Laub- und Nadelbäumen. Der Umbau hin zu Mischwäldern aus klimastabilen Nadel- und Laubbäumen erfolgt, um die Wälder fit für den Klimawandel zu machen. Dabei profitieren andere Nadelbaumarten wie die Weißtanne, die Douglasie und die Kiefer, welche als Bauholz Verwendung finden und die Fichte zum Teil ersetzen werden. Des Weiteren zeigt eine europäische Rohholzaufkommensstudie, dass das nachhaltig nutzbare Nadelsägeholzpotential in Europa weit über dem künftigen Bauholzpotential liegt (Mantau, 2012). Daher sehen wir auch bei steigendem Bauholzbedarf in Deutschland keine Verknappung des nachhaltigen Rohstoffangebots in Europa. Eine weitere Studie zeigt auf, dass selbst bei einer viel deutlichen Steigerung des Holzanteils die Versorgung mit heimischen Nadelholz gesichert ist (Hafner et al. 2017).

## 7. Behauptung der DGfM

Angesichts dieser Fakten werde es Zeit, die ökologische Seite von Mauerwerk-Steinen zu entdecken. Diese seien nämlich mineralische Produkte. „*Sie werden praktisch ausschließlich aus den natürlichen Rohstoffen Sand, Kies und Ton produziert. Sie wachsen zwar nicht nach, haben aber heute schon eine Wiederverwertungs- und Recyclingquote von über 93 Prozent*“.

### Kommentar des DHWR

Tatsächlich sind die natürlichen Quellen für Sande, Kiese und Tone endliche überwiegend aus Tagebauen gewonnene Ressourcen. Potenziell neu erschließbare Tagebaue gibt es jedoch nur wenige in Deutschland. Über die drohende Sandknappheit wurde Anfang diesen Jahres ausführlich in den Medien berichtet (z.B. https://www.welt.de/wirtschaft/article188708751/Drohende-Engpaesse-In-Deutschland-wird-der-Sand-knapp.html).

Die oben erwähnte hohe Recyclingquote der mineralischen Baustoffe in Höhe von 93 Prozent ist

ebenfalls differenzierter zu betrachten: So ist im Monitoringbericht Mineralische Bauabfälle (2016, Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e. V.) folgendes zu lesen:

> *„Von den 72,2 Mio. t Recycling-Baustoffen wurden 38,1 Mio. t (52,8 Prozent) im Straßenbau, 15,9 Mio. t (22,0 Prozent) im Erdbau und 3,0 Mio. t (4,2 Prozent) in sonstigen Anwendungen, überwiegend im Deponiebau, verwertet. 15,2 Mio. t (21,0 Prozent) wurden als Gesteinskörnung in der Asphalt und Betonherstellung eingesetzt.“*

Als Recycling-Baustoffe gelten: Bauschutt, Straßenaufbruch, Boden und Steine und Baustellenabfälle. Das bedeutet, dass maximal 21 Prozent (15,2 Mio. Tonnen) der Recycling-Baustoffe wieder einer höherwertigen Verwertung als Gesteinskörnung für die Asphalt und Betonherstellung zugeführt werden. Der Bedarf an Natursteinen sowie Kiese und Sande betrug 2016 zusammen jedoch 465 Mio. t. Der weitaus überwiegende Teil der Recycling-Baustoffe kann nur im Straßen- und Erdbau eingesetzt werden – nicht um neue Häuser zu bauen!

## Pressekontakt

Dr. Denny Ohnesorge
Deutscher Holzwirtschaftsrat e. V. (DHWR)
Dorotheenstraße 54
10117 Berlin
Tel.: Tel: +49 30 206 1399 71
E-Mail: presse@dhwr.de
Web: www.dhwr.de

**Über den Deutschen Holzwirtschaftsrat (DHWR)**

Der Deutsche Holzwirtschaftsrat (DHWR) vertritt über seine Mitgliedsverbände 70.000 überwiegend mittelständische Betriebe, die mit 650.000 Beschäftigten einen jährlichen Umsatz von 120 Milliarden Euro generieren. Die Dachorganisation der deutschen Holzwirtschaft deckt damit die gesamte Wertschöpfungskette des Rohstoffes Holz ab. Diese reicht vom Waldholz, das von der Säge-, Holzwerkstoff- sowie Zellstoff- und Papierindustrie bearbeitet wird, über die Weiterverarbeitung von Holz und Holzprodukten in der Möbel- und Packmittelindustrie, in der Pelletproduktion sowie in den Handwerksbetrieben und im Holzbau bis hin zum Vertrieb durch den Handel. Der Kreislauf schließt sich durch das Recycling von Altpapier und Holz.